

2030

Es kommen härtere Jahre

Zukunft Nach Jahrzehnten chronischer Geburtenschwäche steht Deutschland vor dem Umbruch: Die Babyboomer erreichen die Rente – und ein ganzes Land muss zittern, ob das wirklich gut gehen kann. SPIEGEL-Serie über das Megathema Demografie (Teil 1)

2030 werden gegenüber heute fast **5 Millionen** mehr Menschen in Deutschland 65 Jahre oder älter sein.

Im Keller des Max-Planck-Instituts in Rostock gehen Forscher dem Geheimnis des Lebens auf den urzeitlichen Grund. Sie studieren die Demografie von Fledermäusen und 500-jährigen Muscheln, sie bewerten die Sterblichkeitsrate von Krokodilen und Fruchtfliegen, sie diskutieren die soziale Rolle von Elefantenkühen und ökonomische Entscheidungen bei Ameisen, und bei allem Tun geht es um die großen, letzten Fragen: Wann endet Leben? Warum sterben Tiere und Menschen? Wie viel Zeit bleibt uns auf Erden?

Auf Paletten, gefüllt mit Petrischalen, dämmern in Brutschränken Süßwasserpolyphen, auch Hydren genannt, zu Tausenden, weiße Tierchen wie Staubfusseln, die

die globale Gemeinschaft der Biowissenschaftler seit Jahren in Atem halten, weil ihr Studium bahnbrechende Aufschlüsse verspricht. So raffiniert ist der Aufbau der Polypen, so perfekt ihr Zellsystem, dass sie sich selbst dann komplett regenerieren könnten, wenn man sie in 100 Scheibchen schnitte; und aus den 100 Scheibchen würden nur wieder 100 neue, vollständige Hydren. Kann der Mensch von der Hydra lernen? Weist sie den Weg zum ewigen Leben? Könnten auch Menschen 200, 300, 500 Jahre alt werden?



1970 Nach einer Dekade mit besonders geburtenstarken Jahrgängen kommen in Deutschland wieder deutlich weniger Kinder zur Welt. Die **Babyboomer** sind jetzt im Kleinkind- bis Grundschulalter.

1,0 Mio. —
0,5 Mio. —

1- bis 10-Jährige

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 1970

Quelle: Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock (MPIDR)

Das Labor im Rostocker Keller, am Wasser gelegen in einem schicken Bau aus Stahl, Glas und Beton, ist nicht Teil einer biologischen Fakultät. Die Forscher gehören zu keiner naturwissenschaftlichen Zukunftswerkstatt, erst recht nicht zur Pharma- oder gar Kosmetikindustrie. Das Max-Planck-Institut betreibt Studien zur Zukunft Deutschlands, genauer: zur deutschen Bevölkerungsentwicklung. Es geht um Demografie, um das Auf und Ab von Sterben und Geborenwerden, um das Hin und Her von Ein- und Auswanderung. Und bald wird es darum gehen, wie wir leben wollen, sollen, müssen.

Demografische Forschung ist eine Welt aus Zahlen, in der die Orientierung schnell verloren gehen kann. Die Materie ist komplex, viel komplexer, als es schnelle öffentliche Debatten über Fachkräftemangel, kommende Rentenlücken, Vergreisung und Kinderarmut glauben machen. Unumstrittene Fakten sind rar: Fünf Millionen Deutsche mehr als heute werden im Jahr 2030 über 65 Jahre alt sein, sie werden gut ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, das scheint gewiss. Vielleicht wird es dann auch 600 000 Kinder und Jugendliche weniger im Land geben, das ist schon weniger sicher, aber wahrscheinlich.

Spätestens von 2030 an wird die deutsche Bevölkerung schrumpfen, leicht oder stark, und bereits jetzt entvölkern sich die ostdeutschen Länder auf vielerorts dramatische Weise. Es wird in Deutschland demnächst 100-Jährige in ungekannter Zahl geben, viel mehr 90-jährige, 80-jährige Männer und Frauen als heute. Es wird dafür deutlich weniger Menschen geben, die mitten im Leben stehen, arbeiten, Kinder erziehen, Autos kaufen, allerlei Neuheiten konsumieren. Der Anteil an Zuwanderern wird steigen. Die Zahl der Auswanderer ebenso. Es beginnt eine Zeit großer Veränderungen. Eine aufgewühlte Zeit der

Herausforderungen, die sich frühestens ab 2050 wieder beruhigt.

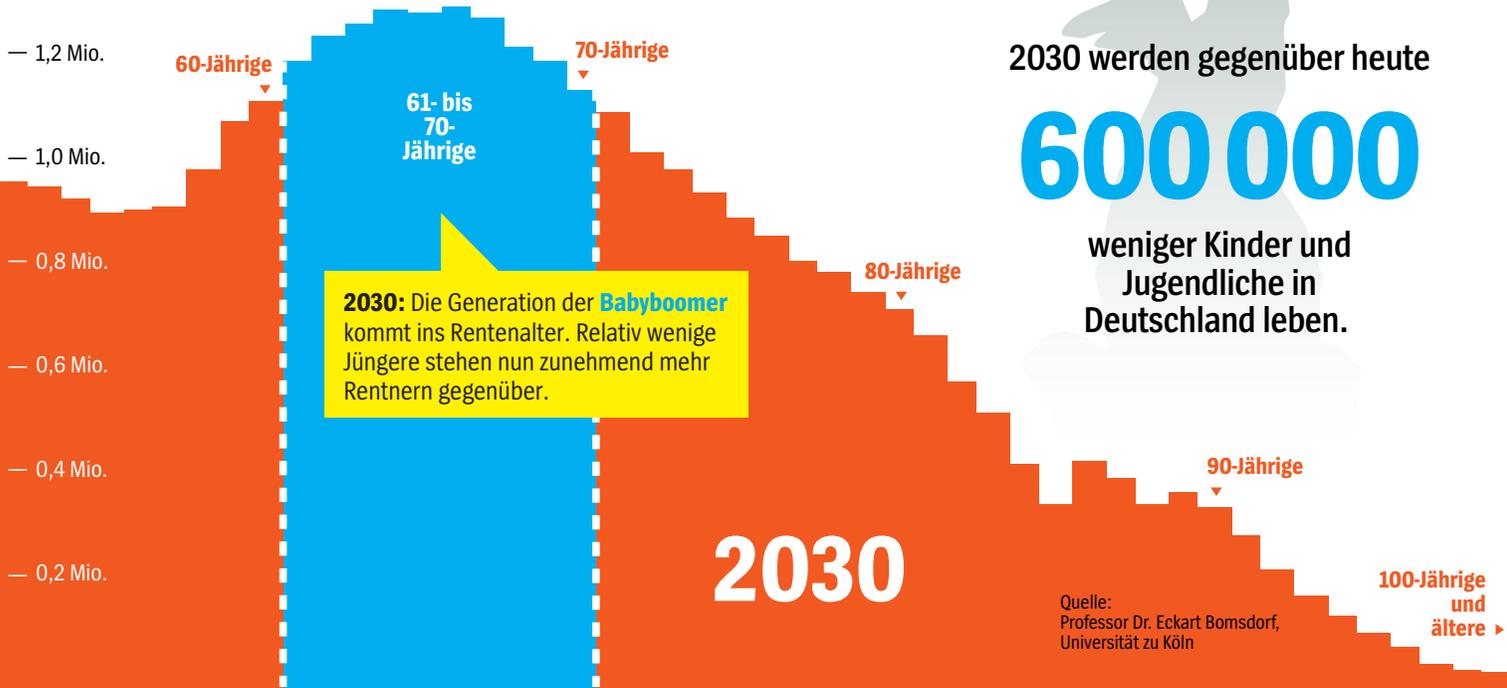
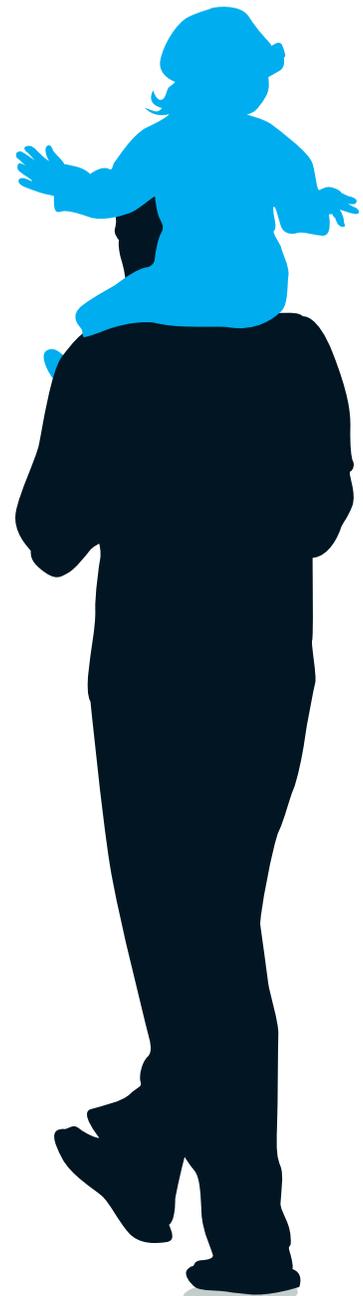
Aus solchem Material lassen sich Horrorszenarien basteln, und in Deutschland geschieht das mit Lust. Statt zur Kenntnis zu nehmen, dass Bevölkerungswandel keine schlagartig einsetzende Katastrophe, sondern der sich schleichend entwickelnde Dauerzustand aller Gesellschaften ist, versteigen sich selbst als seriös geltende Experten zu alarmistischen Thesen, die die Wirklichkeit weit verfehlen. Deutschland wird kein „Land ohne Kinder“ sein, wie es der Münchner Ifo-Chef Hans-Werner Sinn in einer langen, düsteren Untergangspredigt beschrieben hat. Und auch der vom einstigen „Frankfurter Allgemeine“-Herausgeber Frank Schirrmacher bereits 2004 mit drastischen Worten beschworene Krieg zwischen Alten und Jungen findet nicht statt, obwohl er laut Schirrmacher längst begonnen haben müsste. Zweifellos aber kommen jetzt härtere Jahre.

Die Herausforderungen an die deutsche Gesellschaft und den Staat, an die Politik, die Wirtschaft, die Sozialverbände wirken auch dann gewaltig, wenn man nicht daran glaubt, dass Deutschland ausstirbt.

Es erwächst in den kommenden 10, 15 Jahren eine Gesellschaft, in der Alte und sehr Alte ein gesellschaftliches Gewicht entwickeln werden wie nie zuvor, und sie werden auf vielen Feldern ihre Prioritäten setzen.

Es entsteht ein Staat, der wesentliche Teile seines Budgets zur Versorgung und Pflege seiner Alten aufwendet, er wird seine Zielsetzungen radikal überprüfen müssen.

Das Land verändert sich, seine stadtfernen Provinz vor allem. Dörfer werden vergehen und Kleinstädte siechen, es wird in der Fläche an Ärzten und Polizisten mangeln, an Köchen und Pfarrern, an Schülern und Lehrern, an Feuerwehr-, Fußball- und Schützenvereinen. Auf die deutsche Pro-



Quelle: Bomsdorf

2013

Deutschland hat **80,8 Mio. Einwohner**. Der Wanderungsüberschuss beträgt 429 000 Personen.

Auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen 34 Personen im Rentenalter.

vinz, vor allem im Osten, kommen zweifellos schwere Jahre der Anpassung zu. Was wird aus einem Bundesland wie Sachsen, das in den vergangenen 20 Jahren schon tausend Schulen wegen Schülermangels geschlossen hat? Ein solches Land, und Sachsen ist mit seinen Nöten nicht allein, macht sich auf den Weg in einen neuen, tief greifend veränderten Alltag.

Der SPIEGEL hat in den vergangenen Monaten gesammelt, was über den großen Wandel an Wissen vorhanden ist. Gestützt auf die besten verfügbaren Zahlen, bereichert durch die Expertise von Spezialisten, ergänzt um Eindrücke aus geografischen, sozialen und politischen Krisenzonen Deutschlands wird in einer vierteiligen Serie das Panorama des deutschen Bevölkerungswandels gezeichnet.

Der vorliegende erste Serienteil schreitet den Horizont des Themas einmal aus, versammelt Schlüsselzahlen und wesentliche Diskussionspunkte und diskutiert die seltsame Passivität der Politik im Angesicht einer der größten Herausforderungen, vor denen Deutschland nach dem Krieg gestanden hat.

Teil zwei der Serie wird die ökonomischen Konsequenzen des Bevölkerungswandels für die schwierigsten Jahre zwischen 2030 und 2050 vertiefen. Der Druck auf die Umlagesysteme von Krankenkassen und Renten kann – wenn nicht rasche Reformen in die richtige Richtung erfolgen – unerträglich werden und für große gesellschaftliche Verwerfungen sorgen. Wie sichert man sich fürs Alter ab, wenn etwa auf den Wert von Immobilien im ländlichen Raum kein Verlass mehr ist?

Im dritten Teil der Serie steht der gesellschaftliche Wandel im Blickpunkt, die große innerdeutsche Wanderung zumal, die dafür sorgt, dass sich vielerorts – und nicht nur im Osten Deutschlands – die Provinz leert, während sich die Städte aufblähen. Es wird um Initiativen gehen, entlegene Dörfer zu erhalten, die Versorgung ländlicher Gebiete mit dem Nötigsten zu gewährleisten und die grundgesetzlich zementierte Gleichheit der Lebensverhältnisse in Zukunft zu sichern.

Teil vier der Serie wird vieles zuvor Gesagte auf den Kopf stellen und fragen: Ist der demografische Wandel wirklich ein Problem, oder werden womöglich – umgekehrt – viele Probleme einfach „demografisiert“? Eine ganze Schule seriöser Wissenschaftler glaubt genau dafür gute Argumente zu haben und versucht nachzuweisen, dass der aktuelle Bevölkerungswandel keineswegs eine Katastrophe ist, sondern der Normalzustand eines wohlhabenden, hoch entwickelten Landes.

Wenn es um Demografie geht, geht es in jedem Fall um ineinandergreifende, oft widersprüchliche Prozesse, die nicht gegeben, sondern gestaltbar sind. Tatsächlich könnte, wenn Regierungen dazu in der Lage wären, ihren Horizont über vierjährige Legislaturperioden hinaus zu erweitern, der demografische Wandel ein Treiber für weitreichende Reformen sein und, gesellschaftlich, für ein Nachdenken über unsere gängigen, aber oft falschen Konzepte von Lernen, Arbeiten, Altern, Leben, Sterben.

Wir haben vor allem umzugehen mit der ans Wunderbare grenzenden Tatsache, dass die Lebenserwartung der Menschen in weiten Teilen Europas seit mittlerweile 150 Jahren steigt, und zwar um 2,2 Jahre pro Jahrzehnt. Binnen anderthalb Jahrhunderten hat sich die Lebensspanne von unter 40 auf etwa 80 Jahre mehr als verdoppelt.



81,9 Mio.

79,9 Mio.

77,4 Mio.

2030

Zwar bleibt die Bevölkerungszahl noch relativ stabil. Aber: **Auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen nun bereits 50 Personen, die 65 Jahre und älter sind** (mittlere Variante).

Als die berühmten bismarckschen Sozialreformen am Ende des 19. Jahrhunderts auf den Weg gebracht und die gesetzliche Rentenversicherung erfunden wurde, war es leicht, eine Rente ab 70 zu versprechen, weil kaum ein Bürger dieses Alter überhaupt erreichte. Ein Mädchen, das heute geboren wird, hat aber gute Chancen, 100 Jahre alt zu werden. Diese Aussicht allein zwingt zum Nachdenken: Unsere Lebensentwürfe passen schlicht nicht mehr zu unserer Lebenszeit, eingübte gesellschaftliche Konzepte werden schief.

Wer Aussicht darauf hat, 100 Jahre alt zu werden, träte bei Fortbestand der heutigen Schemata mit Mitte sechzig ein 35 Jahre währendes Rentnerdasein an; dass das alle Deutschen verlockend finden, ist schwer vorstellbar. Ebenso fragwürdig werden die gängigen Konzepte komprimierter Ausbildungs- und kurzer Studienzeiten.

Verfehlt erscheinen auch unsere Bilder vom Alter und vom Altern an sich. Wer sagt: Wir werden immer älter, sagt nicht dasselbe wie der, der sagt: Wir bleiben immer länger gesund. Beides aber stimmt, und so schenkt uns die gewonnene Zeit bei guter Gesundheit Möglichkeiten, ganze Biografien neu zu entwerfen, den Blick aufs eigene Leben zu erweitern, anders auf die Kindheit zu schauen, anders über lebenslanges Lernen nachzudenken. Wir werden in die Lage versetzt, die Lebensarbeitszeit anders aufzufassen, mehr Auszeiten einzuplanen, das Berufsleben anders zu portionieren.

Auch das Nachdenken über Ein- und Auswanderung wird sich gründlich verändern und hät-

Hohe Variante: Die Zuwanderung pegelt sich bis 2020 auf 200 000 Personen netto ein. Die Fertilitätsrate steigt bis 2025 auf 1,6 Kinder pro Frau; stark steigende Lebenserwartung.

Bevölkerungsprognosen bis 2060

78,4 Mio.

Mittlere Variante:

Die Zuwanderung pegelt sich bis 2020 auf 150 000 Personen netto ein. Die Fertilitätsrate bleibt mit 1,4 Kindern pro Frau stabil; mittlerer Anstieg der Lebenserwartung.

2060

Höhere Zuwanderung und Fertilität haben nur geringen Einfluss auf die Überalterung. **Auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen selbst in der hohen Variante 62 Personen, die 65 Jahre und älter sind.**

70,7 Mio.

Niedrige Variante:

Die Zuwanderung pegelt sich bis 2020 auf 100 000 Personen netto ein. Die Fertilitätsrate sinkt auf 1,2 Kinder pro Frau bis 2025; relativ geringer Anstieg der Lebenserwartung.

2060

In der mittleren Variante gäbe es rund 10 Millionen Einwohner weniger als heute – bei zunehmender Überalterung. **Auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen nun 65 Personen, die 65 Jahre und älter sind.**

61,9 Mio.

te sich längst verändern müssen. Bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts braucht Deutschland Zuwanderer, um seine Geburtenschwäche auszugleichen. In den späten Achtziger- und den Neunzigerjahren, als konservative Politiker besonders laut darüber redeten, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, zogen jedes Jahr mehr als eine Million Menschen zu, viele, um gleich weiterzuziehen, manche, um nur kurz zu bleiben, einige, um Deutsche zu werden für immer.

Die aktuellen Zuwanderungszahlen kehren zu diesen erhöhten Niveaus zurück, sind aber, im historischen Vergleich, keineswegs dramatisch; es sind Zahlen, an die sich Deutschland längst hätte gewöhnen können, weil sie in vielen Jahren der Vergangenheit zu messen waren. Im Übrigen könnte man jede Zahl stets für viel zu niedrig halten, weil für die Erhaltung des heutigen Bevölkerungsstands von gut 80 Millionen in Zukunft womöglich noch viel mehr Zuwanderer nötig wären. Die Frage wird nur sein, wie viel Diversität und Fremdheit die deutsche Gesellschaft am Ende wirklich aushält.

Über all dies wird in der SPIEGEL-Serie zu reden sein: Der demografische Wandel stellt eine gewaltige Daueraufgabe dar, die sich in naher Zukunft vorübergehend sprunghaft verschärft, weil die geburtenstarken Jahrgänge der Sechzigerjahre nach und nach ins gesetzliche Rentenalter kommen. Deutschland wird deshalb nicht schlagartig vergreisen, nicht veröden, nicht untergehen; es wird sich ebenso wenig mit einem Schlag in ein perfekt organisiertes Rentnerparadies verwandeln. Das Land wird eine Großbaustelle sein. Und es wird neue Pläne brauchen, um den inneren Frieden und den Wohlstand zu wahren.

Martin Werding wurde 1964 geboren, damit ge-

hört der Bochumer Sozialökonom, Spezialist für die Folgen des demografischen Wandels, zum geburtenstärksten Jahrgang nach dem Krieg, wie 1 357 304 andere auch. Wenig später, Mitte der Siebzigerjahre, sank die Zahl der Geburten pro Jahr auf unter 800 000 und erreichte anschließend nie wieder ein Niveau, das die Sterbefälle auch nur annähernd hätte ausgleichen können; der Saldo der „natürlichen Bevölkerungsbewegung“ ist in Deutschland konstant negativ geblieben. Jahr für Jahr sterben etwa 100 000, zuletzt 200 000 Menschen mehr als geboren werden.

Der schnelle Schwund von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, als „Pillenknick“ legendär, ist jener, der das Land nun grundlegend verändern wird: Weil auf die Babyboomer nur noch geburtenarme Jahrgänge folgten, „tut sich eine große Lücke auf“, sagt Forscher Werding. Er hat die demografischen Effekte auf die staatlichen Finanzen gründlich studiert, auch die fünf Wirtschaftsweisen greifen auf seine Rechnungen zurück, und man kann sagen: Wer Werding zuhört, dem kann angst und bange werden.

Der Wissenschaftler hat seinen Rechner mit endlosen Kolonnen von Prognosedaten und Parametern gefüttert: nicht nur über Geburten und Ster-

befälle, ebenfalls über Wirtschaftswachstum, Inflation und Realzins, Erwerbsquote, Rentenbeginn, Lebenserwartung und vieles mehr. Der demografische Wandel, so das Ergebnis seiner Kalkulationen, wird die öffentlichen Haushalte erheblich unter Druck setzen, und zwar über Jahrzehnte hinweg.

Werding spricht von einer „Tragfähigkeitslücke“, die sich auftue. Sie betrage 3,4 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), das entspräche derzeit gut 90 Milliarden Euro pro Jahr. Diesen Betrag müsste der Staat laut Werding entweder sparen oder zusätzlich einnehmen, ansonsten würde die staatliche Schuldenquote bis 2060 auf rund 250 Prozent, gemessen am BIP, katapultiert – zuletzt lag sie bei 74 Prozent.

Natürlich hat der Professor aus Bochum auch alternative Szenarien gerechnet, doch selbst im günstigsten Fall wird das Altern der Gesellschaft die Volkswirtschaft auf Dauer belasten. Nach Werdings Zahlen steht den Deutschen eine Zukunft bevor, die von Verlusten gekennzeichnet ist: Es wird weniger Erwerbstätige geben, weniger Fachkräfte und Firmengründer, weniger Konsumenten, Kleinsparer und Inves-



2,2 Jahre

pro Jahrzehnt stieg die Lebenserwartung Neugeborener in Westdeutschland in den vergangenen 50 Jahren.

Lebenserwartung Neugeborener in Jahren

	Frauen	Männer
1960	71,9	66,5
2010	82,7	77,9

Länger leben

Durchschnittlich verbleibende Lebensjahre 65-jähriger Frauen und Männer

■ Frauen
■ Männer

1871/81:
+10,0

+9,6

Quelle: Destatis

toren. Das Wachstum wird schwächeln, der Wohlstand schwinden. Das Einzige, was wächst, ist der Schuldenberg.

Dies alles wird eintreten, wenn sich an den bestehenden Systemen der Altersvorsorge, an der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation nichts verändert. Umso merkwürdiger wirkt es deshalb, dass die Demografie kein zentrales Debatten-thema in allen Parlamenten und Regierungskabinetten des Landes ist. Es finden wohl Konferenzen statt ab und an, „Demografiegipfel“ gar, man setzt sich an runde Tische hin und wieder, aber der Eindruck großer Dringlichkeit stellt sich bislang nirgends ein.

Es wirkt weiterhin so, als wäre der Bevölkerungswandel ein Problem in ferner Zukunft; als hätte man noch genügend Zeit, gemütlich über Gegenmaßnahmen nachzusinnen; dabei sind alle

Probleme längst versammelt. Der Wandel findet tagtäglich statt, aber wenig spricht dafür, dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland, die allein an den Hebeln sitzen, um die großen Weichen neu zu stellen, auf der Höhe der Entwicklung wären.

Es erweist sich neuerlich, dass langwierige Problemlagen in Demokratien mit kurzen Legislaturperioden und vielen Wahlkämpfen nur schwer anzugehen sind. Deutschlands aktuelle Politiker und Amtsinhaber reden lieber über die schwarze Null als über rote Zahlen in der Zukunft, und mit ihnen berauscht sich die Mehrheit der Wähler an der erfolgreichen Gegenwart: Nie waren so viele Bürger in Deutschland erwerbstätig wie heute, die

Rentenkassen sind für den Moment prall gefüllt, die Steuereinnahmen sprudeln, und es gehen immer noch so viele Ältere in den Ruhestand, wie Jüngere das Arbeitsleben beginnen. „Der demografische Wandel legt eine Atempause ein“, sagt Forscher Werding. Aber nur, um Luft zu holen.

Mit Beginn des nächsten Jahrzehnts, von 2020 an, also schon in fünf Jahren, gehen die ersten Babyboomer in Rente. Von da an wird die deutsche Gesellschaft altern – und zwar schneller als fast jede andere. Sie wird schrumpfen, nach den düstersten Szenarien ebenfalls stärker als die Bevölkerungen nahezu aller anderen Länder der Welt.

Am schwersten trifft es die Rentenversicherung. Bleibt sie in ihrer heutigen Form

2000:
+15,8

2030:
+19,4

2060:
+22,8
+22,3

Gute Jahre

Verbleibende Lebensjahre von 65-Jährigen ohne gravierende gesundheitliche Einschränkungen

	Männer	Frauen
Deutschland	6,7	6,9
Schweden	13,9	15,5
Frankreich	9,4	10,4
Griechenland	8,6	7,3

Quelle: Eurostat, Stand: 2012

Der Methusalem-Komplex

Anzahl der Personen, die 100 Jahre und älter sind

371
1970

17500
2015

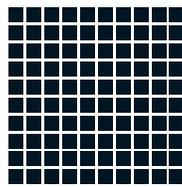
52 000
2030

236 000
2060

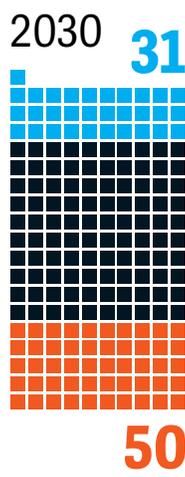
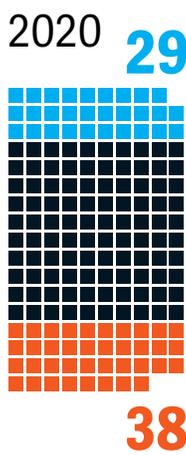
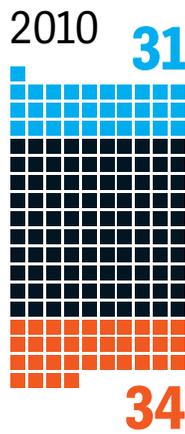
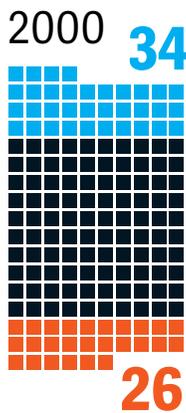
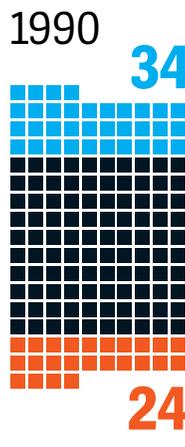
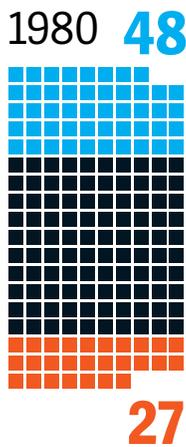
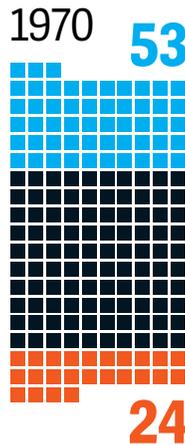
Lastenwechsel

Auf 100 Erwachsene der „Kernaltersgruppe“ der 20- bis 64-Jährigen kommen so viele Jüngere bzw. Ältere:

- unter 20 Jahren
- Kernaltersgruppe
- 65 Jahre und älter



Quellen: MPIDR, ab 2020 Bomsdorf; mittlere Bevölkerungsprognose



unangetastet – und eine große Reform strebt derzeit niemand an –, werden die Rechnungen wahr, die man schon oft gehört hat: Auf einen Rentner kommen heute fast drei Bürger im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64, aber schon in 15 Jahren müssen zwei Jüngere einen Rentner versorgen. Aus drei zu eins wird zwei zu eins – und obwohl diese Entwicklung seit Langem absehbar ist, hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr das Rentensystem, aus demografischer Sicht, noch einmal in die grundfalsche Richtung verändert. Die Mütterrente wurde ausgeweitet und die abschlagsfreie Rente mit 63 eingeführt. Damit wurden die künftigen Kosten des Umlagesystems deutlich hochgeschraubt, statt endlich mit der Kostenkontrolle zu beginnen.

In Ländern wie Schweden, Belgien, den Niederlanden oder Polen wird in dieser Hinsicht lange schon viel pragmatischer regiert. Dort hat man sich etwa von automatisch steigenden Renten verabschiedet und eine Art Lebenszeitfaktor in alle Berechnungen eingebaut. Den Bürgern dieser Länder wird in den allfälligen Standmitteilungen stets vorgerechnet, wie hoch ihre Rentenansprüche dereinst sein werden – und zwar abhängig von der allgemeinen Lebenserwartung. Anders gesagt: Die Leute dort erfahren Jahr für Jahr, wie viel Rente weniger sie haben werden. Derlei erscheint undenkbar in Deutschland, wo das Mantra der „sicheren Rente“ zum verbalen Setzkasten jedes Politikers gehört.

Auch das Thema Zu- und Abwanderung – neben Geburten und Sterbefällen der dritte Hauptfaktor aller Überlegungen zur Demografie – wird in Deutschland mit illusorischen Zahlenspielen begleitet, statt sich mit dem schwierigen Sujet realistisch auseinanderzusetzen. Gängige Kalkulationen gehen so, dass selbst ein massenhafter Zuzug von Ausländern die demografischen Probleme Deutschlands nicht beheben würde. Es wird dann vorgerechnet, dass Deutschlands Bevölkerung selbst dann von 82 auf 70 Millionen schrumpfen würde, wenn bis 2060 Jahr für Jahr 200 000 mehr Menschen ein- als auswanderten. Es wird weiter vorgerechnet, dass das jährliche Plus an Zuwanderern 350 000 Menschen ausmachen müsste, und zwar über fünf Jahrzehnte hinweg, um die Einwohnerzahl bei 82 Millionen zu halten.

Übersehen wird dabei, wie lebensfern solche Abschätzungen sind. „Es geht nicht darum, wie viele Menschen von A nach B wandern, sondern darum, wie viel Diversität unsere Gesellschaft aushält“, sagt Sebastian Klüsener vom Rostocker Demografie-Institut. Er hat sich intensiv mit der Geschichte deutscher Zuwanderungsdebatten beschäftigt und wundert sich darüber, dass es in Deutschland noch immer kein bündi-

ges Zuwanderungskonzept gibt. Wenn die SPD in diesen Wochen eine Debatte über ein Gesetz nach kanadischem Vorbild anstößt, endet die Diskussion so schnell, wie sie begonnen hat. Als gäbe es keinen Bedarf, das unpopuläre Feld zu beackern.

So gibt es in Deutschland nicht den Hauch eines Konsenses darüber, wie viel und welche Einwanderung anzustreben wäre. Und auch keine fundierte Debatte darüber, wie viel die Gesellschaft überhaupt aushielte. Aber ein Land, das sich auf die Schnelle eine „Willkommenskultur“ verordnen will, dürfte von selbiger noch weit entfernt sein; und erst recht von einem realistischen Verhältnis zum Phänomen der weltweiten Wanderungen, in denen Deutschland als natürliches Ziel zu gelten hat.

Einwanderer werden in Deutschland weiterhin entweder als Armutsmigranten abgetan und gefürchtet oder von der Wirtschaft als schnelle, billige Lückenfüller für den Arbeiter- und Fachkräftemangel missverstanden. Viel Gutes kann aus solch verkürzten Blickweisen nicht folgen.

Es wird deshalb immer wahrscheinlicher, dass in den kommenden 15 Jahren das deutsche Arbeitskräftepotenzial von heute fast 50 Millionen Menschen um fast ein Viertel schrumpfen könnte. Dann fehlten, gemessen am heutigen Bedarf, rund zehn Millionen Beschäftigte: im Maschinenbau, in der Chemie, in der Elektrotechnik und im öffentlichen Dienst, wo Beamte demnächst reihenweise in Pension gehen. Eine Million der heute 4,6 Millionen Staatsdiener scheidet innerhalb von zehn Jahren aus, viele hoch qualifizierte Beamte des gehobenen Dienstes darunter, Juristen, Ingenieure, Lehrer.

Die Demografie wird Lücken in Belegschaften reißen, mit Folgen für die Struktur des Wirtschaftslebens. Wenn in den kommenden 15 Jahren zehn Millionen Beschäftigte ausscheiden, fehlen sie am Markt als

Bis 2060 wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung stark wandeln. 65 Alte kommen dann auf 100 Personen in der Kernaltersgruppe.

Lohn- und Gehaltsempfänger, die große Teile ihres Verdienstes wieder ausgeben und so die Binnenkonjunktur ankurbeln. Sie fehlen als Lohnsteuerzahler, die den Staat finanziell ausstatten. Sie

fehlen als Beitragszahler der Sozialsysteme. Sie fehlen auch als Kleinsparer, deren Vermögen die Banken am Laufen halten. Und sie fehlen allgemein als „Wertschöpfer“, die das Inlandsprodukt mehren.

Theoretisch wäre der Schwund auszugleichen, wenn die verbliebenen Arbeitskräfte erheblich produktiver arbeiteten. Das wird aller Erfahrung nach in gewissem Maß gelingen. Dennoch gibt es gute Grün-

de dafür, die Spitzenstellung der deutschen Volkswirtschaft für gefährdet zu halten. Eine Projektion der OECD sagt voraus, dass Deutschland in den kommenden Jahrzehnten stärker an ökonomischer Bedeutung einbüßen wird als alle anderen Industrieländer und dass sein Anteil an der Weltwirtschaft um mehr als die Hälfte schrumpfen könnte.

Mangelnde Binnennachfrage und langsamer Konsumentennachwuchs sind Gründe dafür. Eine Gesellschaft mit weniger jungen Berufseinsteigern hat weniger Menschen, die konsumieren, die eine Existenz gründen, eine Familie, die sich Wohnungen kaufen, einrichten, Kinder bekommen und so weiter. Die gesetzten, etablierten Älteren dagegen reduzieren üblicherweise ihre Wünsche und ihren Konsum. Wer mit 75 ein ordentliches Bügelbrett besitzt, kauft sich kein neues mehr.

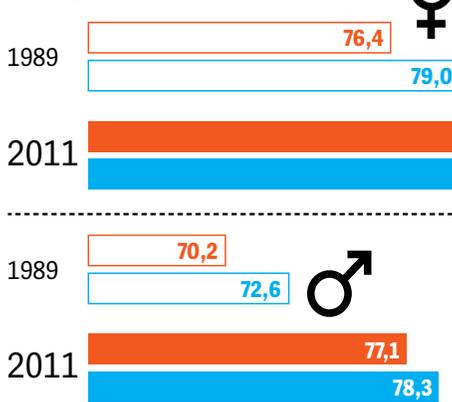
Derlei Erkenntnisse helfen den Deutschen nicht mehr viel. Die Kinder und Jugendlichen, die es brauchte, um im

oben beschriebenen Sinne die Wirtschaft am Laufen zu halten, sind nicht geboren, weil dem chronischen deutschen Nachwuchsmangel in den vergangenen Jahrzehnten zu keiner Zeit mit einer entschlossenen Familienpolitik begegnet wurde.

Deutsche Regierungen sind sich – bis heute – noch nicht einmal sicher, ob sie überhaupt eine Politik der Geburtenförderung betreiben sollten. Gute Familienpolitik, sagt die zuständige Ministerin Manuela Schwesig, habe zwar zur Folge, dass mehr Kinder

Schnell angepasst

Lebenserwartung in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen



Quelle: MPIDR

geboren werden, „aber sie sollte nicht in erster Linie die Geburtenzahlen im Blick haben“. Und: „Die Entscheidung für ein Kind ist eine individuelle und auch von Faktoren abhängig, die Politik – zum Glück – nicht beeinflussen kann.“

Dieses „zum Glück“ ist erklärungsbedürftig, aber am Ende leicht zu verstehen: Familien- und Geburtenförderpolitik bleiben in Deutschland von den Erfahrungen der Nazi-Zeit historisch kontaminiert, als das „deutsche Erbgut“ gefördert wurde. Heute leiten sich aus den Fehlern der Vergangenheit Fehler der Gegenwart ab.

Der Staat könnte Entscheidungen für oder gegen Kinder massiv beeinflussen – und warum sollte er es nicht tun? Die wissenschaftliche Literatur ist sich weitgehend darüber einig, dass es zwei erfolgreiche Modelle zur Verbesserung der Geburtenziffern gibt: das französische, das umfassende Kinderbetreuung mit starken steuerlichen Anreizen für Familien kombiniert, und das ähnlich funktionierende schwedisch-skandinavische, das überdies die Gleichberechtigung von Mann und Frau betont.

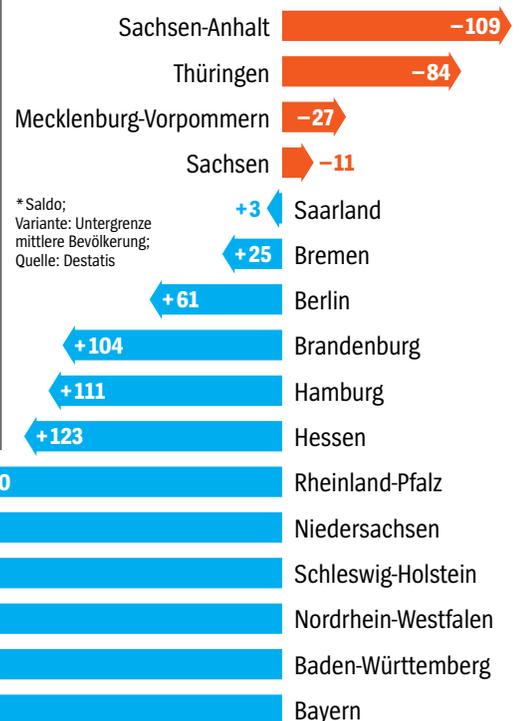
Deutschland hat sich erst mit großer Verspätung und zaghaft auf diesen Weg gemacht. 2007 trat das Gesetz über Elterngeld und Elternzeit in Kraft, das als erstes modernes Element deutscher Familienpolitik überhaupt einzustufen ist, weil es sich erstmals vom „männlichen Versorgermodell“ verabschiedete, wie die Rostocker Wissenschaftlerin Michaela Kreyenfeld sagt. Deutschland sei bis dahin einer der letzten „konservativen Wohlfahrtsstaaten“ in Westeuropa gewesen, zu dessen Politikzielen die Frau als Hausfrau und Mutter gehört habe.

Dem machte die siebenfache Mutter Ursula von der Leyen (CDU) als Familienministerin ein Ende, und sie wollte sich und ihre Politik an der Steigerung der Geburten messen lassen. So schnell stellen sich jedoch gesellschaftliche Effekte von Politik nicht ein. Die Frage, ob die deutsche Spielart von Elterngeld und Elternzeit positive Auswirkungen haben wird, lässt sich deshalb noch lange nicht beantworten. Aber die skandinavischen Erfahrungen legen nahe, dass es Effekte geben wird, obwohl in Deutschland ein wesentliches Element – ein großzügiges und verlässliches System der Kinderbetreuung – fehlt.

Es fehlt ohnehin an vielem, obwohl es unglaublich viele familienpolitische Ansätze und Geldtöpfe gibt: Über 150 Maßnahmen sind es insgesamt. Das Familienministerium hat die Wirksamkeit dieser Politik, die jährlich rund 200 Milliarden Euro kostet, fünf Jahre lang untersuchen lassen. Und die Studien zeigen, so Ministerin Schwesig, dass es nur „ein einziges familienpolitisches Instrument gibt, welches messbar zu mehr Kindern führt: die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur“. Mehr Kita-Plätze und mehr Ganztagschulen führten zu mehr Kindern, sagte Schwesig, womit sie neuerlich beweist, dass sie die gut gesicherten französischen und skandinavischen Erfahrungen nur halb verstanden hat.

Das große Wandern

■ Zuwanderung ■ Abwanderung nach Bundesländern* von 2009 bis 2030, in Tausend



* Saldo; Variante: Untergrenze mittlere Bevölkerung; Quelle: Destatis



Die Bundeskanzlerin wünscht sich vor allem weniger Trübsinn, wenn es um den demografischen Wandel geht. Er solle, sagte Angela Merkel beim sogenannten Demografiegipfel im Mai 2013, nicht immer nur als Last verstanden werden, sondern biete auch Chancen. Wenn man sich nur genügend anstrengt, könne Deutschland sogar „ein Modell für andere werden, die einen solchen Prozess noch durchleben werden“.

Im Jahr zuvor war eine „Demografie-strategie“ vom damals noch schwarz-gelben Kabinett verabschiedet worden, gefolgt von zwei Gipfeln und acht Treffen des „Expertenrats Demografie“. Für interessierte Bürger wurde eine Internetseite eingerichtet. Ergebnisse werden darauf keine verkündet, weil es noch keine gibt.

So bleibt es dabei, dass die Politik „auf eine seit 20 Jahren absehbare Entwicklung nicht reagiert“, sagt der Rostocker Wissenschaftler Rembrandt Scholz. Scholz billigt der Politik durchaus zu, vor einer harten Aufgabe zu stehen, weil „Schrumpfung extrem schwer zu organisieren“ sei. Gleichzeitig sei aber offenkundig, dass der „Vier-Jahres-Horizont“ von Politik die sinnvolle Gestaltung der Effekte demografischen Wandels verhindere.

Am Max-Planck-Institut in Rostock denken sie in alle Richtungen, um die Aspekte des Themas auszuleuchten, und dabei denken sie manchmal auch quer. Dann schreiben sie die positiven Effekte einer schrumpfenden Bevölkerung zusammen, die auf den ersten Blick ein wenig zynisch wirken, auf den zweiten aber auch nicht von der Hand zu weisen sind. Weniger Menschen, das werde auch heißen: weniger Umweltverschmutzung, mehr Natur, mehr ökologische Brachfläche. Deutschlands CO₂-Ausstoß werde drastisch sinken, und wo Dörfer dichtmachen, blühe die Renaturierung.

Dass solche Ideen ein wenig spinnert wirken, liegt auch daran, dass die Wachstumslogik das Denken und Debattieren im Augenblick noch ungebrochen beherrscht. Es wird aber Zeit, über Alternativen zur Ideologie des Höher-Schneller-Weiter nachzudenken. Wie organisiert man Schrumpfung? Wie verkauft man Rückbau? Das sind die Fragen, um die sich alles drehen müsste. Aber nur eine einzige Landesregierung in Deutschland, die in Rheinland-Pfalz, hat bislang ein Ministerium, das die Zuständigkeit für „Demografie“ in seinem Namen trägt.

Erste Chefin des 2011 begründeten Demografieministeriums war die damalige Sozialministerin Malu Dreyer, inzwischen

Ausufernde Landflucht

Regionale Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland

Gut ein Viertel der Kreise* hatte 2010, verglichen mit 1990, eine rückläufige Bevölkerung. 2030 wird, verglichen mit 2010, bereits jeder zweite Landkreis schrumpfen.

* Landkreise und kreisfreie Städte; Berechnung ab 3% Rückgang und mehr

Quelle: BBSR

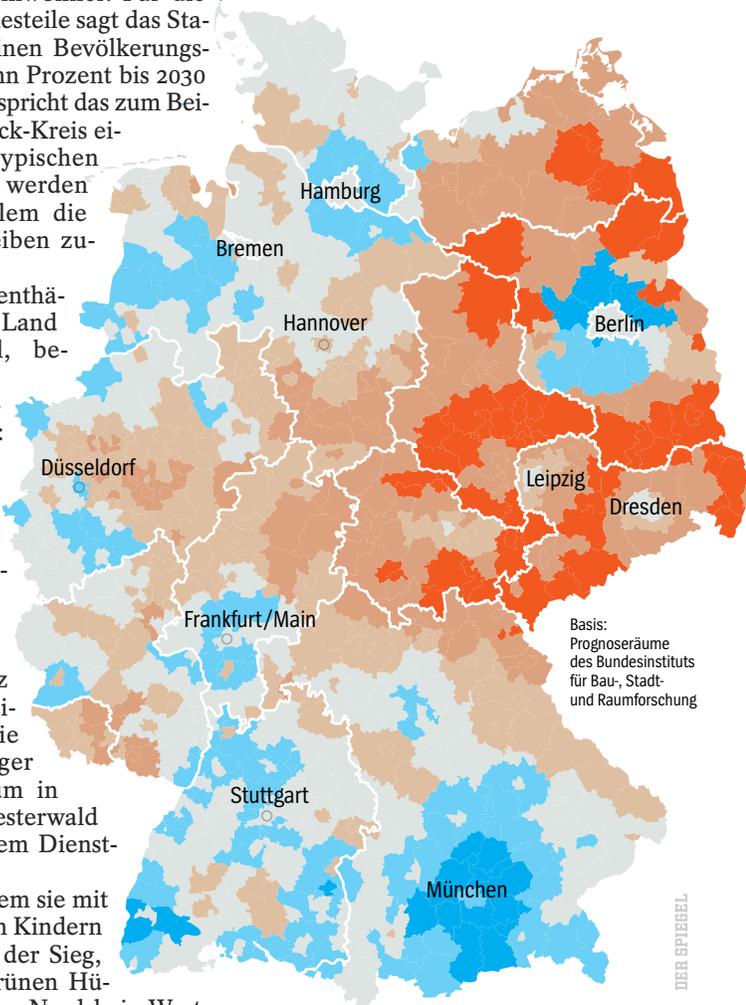
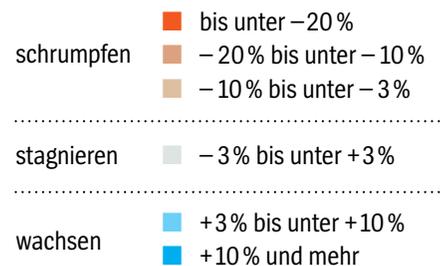
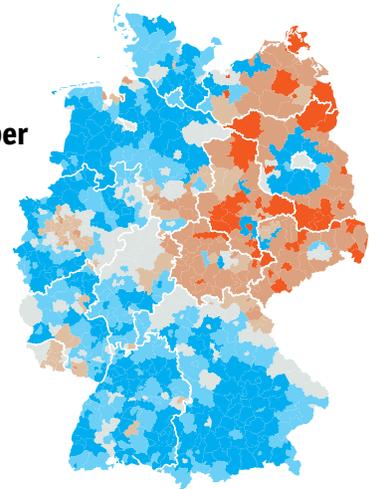
Ministerpräsidentin in Mainz. Die heutige Ministerin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, ist in der Landesregierung außerdem für Soziales, Arbeit und Gesundheit zuständig. „Aber Demografie ist das Dach von allem“, sagt die 40-jährige SPD-Politikerin. Diesen Satz schärfte sie ihren Mitarbeitern schon in ihrer ersten Dienstbesprechung im Ministerium im vergangenen November ein.

Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland, in dem es viele kleine Dörfer und kaum urbane Zentren gibt, die größte Stadt Mainz hat nur gut 200 000 Einwohner. Für die dünn besiedelten Landesteile sagt das Statistische Landesamt einen Bevölkerungsrückgang von rund zehn Prozent bis 2030 voraus, rechnerisch entspricht das zum Beispiel im Rhein-Hunsrück-Kreis einem Verlust von 20 typischen Dörfern. Abwandern werden dort natürlich vor allem die Jungen, die Alten bleiben zurück, so die Prognose.

Wenn Bätzing-Lichtenthäler die Entwicklung im Land zusammenfassen soll, bemüht sie eine Kurzanalyse ihres Parteifreundes Franz Müntefering: „Wir werden weniger, älter, bunter.“ Mit Müntefering hatte sie vor ihrer Ernennung zur Ministerin eine Demografie-Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion geleitet. Was der lakonische Satz bedeutet, sieht sie beinahe täglich, wenn sie nach fast zweistündiger Fahrt vom Ministerium in Mainz zu Hause im Westerwald ankommt und aus ihrem Dienstwagen steigt.

Das Wohnhaus, in dem sie mit Mann und zwei kleinen Kindern lebt, steht in Forst an der Sieg, einer Gemeinde im grünen Hügelland an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Forst hat acht Ortsteile, auf die sich 600 Einwohner verteilen. In ihrem Dorf gibt es keinen Bäcker und keine Geschäfte

2010 gegenüber 1990



Basis: Prognosereäume des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

DER SPIEGEL

2030 gegenüber 2010

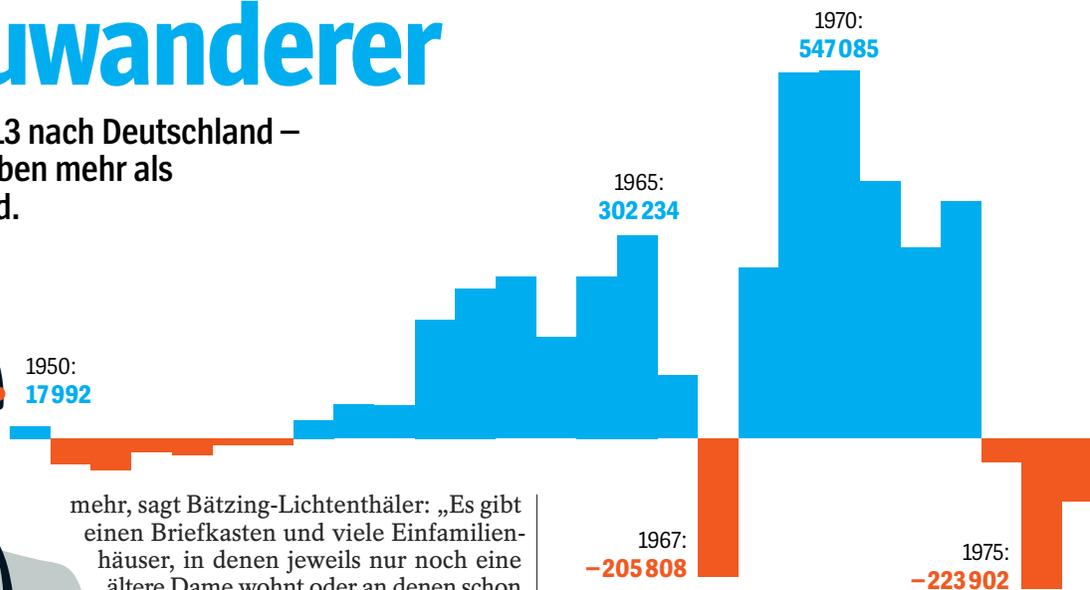


Animation: Die Zukunft Deutschlands

spiegel.de/sp122015demografie oder in der App DER SPIEGEL

43 Mio. Zuwanderer

kamen zwischen 1950 und 2013 nach Deutschland – abzüglich der Abwanderer blieben mehr als 11 Millionen Menschen im Land.



mehr, sagt Bätzing-Lichtenthäler: „Es gibt einen Briefkasten und viele Einfamilienhäuser, in denen jeweils nur noch eine ältere Dame wohnt oder an denen schon ein ‚Zu verkaufen‘-Schild hängt.“

Früher seien solche Häuser in der Hoffnung gebaut worden, später einmal als Alterssicherung zu dienen. Aber wer heute verkaufen müsse, weil das Haus zu groß, zu unbequem, zu teuer und zu sanierungsbedürftig geworden sei, der bekomme in Dörfern wie Forst mitunter nur noch den Gegenwert von wenigen Monatsmieten im Seniorenwohnheim dafür.

Als Ministerin will Bätzing-Lichtenthäler erreichen, dass möglichst viele Menschen trotzdem in ihrer Heimat leben bleiben können – sofern sie das wollen. Sie selbst wolle mit ihrer Familie ja auch nicht wegziehen aus Forst: „Weil ich da fest verwurzelt bin, Freunde habe, die Natur und die Landschaft liebe.“ Dafür nehme sie auch die stundenlange Pendelei nach Mainz in Kauf.

Der Abwanderungstrend lasse sich natürlich nicht einfach dadurch umkehren, dass man ein Demografie-Ministerium gründe, sagt Bätzing-Lichtenthäler: „Aber es hilft, wenn so ein Thema in der Verwaltung ausdrücklich Chefინensache ist.“ Als Ministerin könne sie bei Kabinettskollegen, bei Kommunalpolitikern und bei Verbänden im Land sehr nachdrücklich drängeln, die demografische Entwicklung immer im Blick zu behalten und nach kreativen Lösungen zu suchen. Viermal jährlich rufen Dreyer und Bätzing-Lichtenthäler zudem ein „Demografiekabinett“ ein: Alle Minister und die Ministerpräsidentin sitzen dann zusammen, um ausschließlich über die Folgen des Bevölkerungsschwunds nachzudenken.

Eine Konsequenz aus dieser Schwerpunktsetzung: Alle Gesetzentwürfe der Regierung müssen zuerst auf ihre Vereinbarkeit

mit der demografischen Lage im Land überprüft werden, bevor sie zur Abstimmung in den Landtag weitergegeben werden. Stehe etwa eine Änderung der Landesbauordnung an, achte ihr Ministerium darauf, dass in der Vorlage auch stehe, wie öffentliche Gebäude für alte und behinderte Menschen besser zugänglich werden, so Bätzing-Lichtenthäler: „Wir machen bei allen wichtigen Plänen der Regierung den Demografie-Check.“

Um das Leben auf den Dörfern zu bewahren, setzt Rheinland-Pfalz unter anderem auf ein Modell von Pflege-Wohngemeinschaften. Dafür werden geeignete Häuser auf dem Land mit staatlicher Hilfe modernisiert und behindertengerecht umgebaut, um Dorfbewohnern ein gemeinsames Wohnen zu ermöglichen. Rund hundert solcher Alten- und Pflege-Wohngemeinschaften gebe es schon, sagt Bätzing-Lichtenthäler.

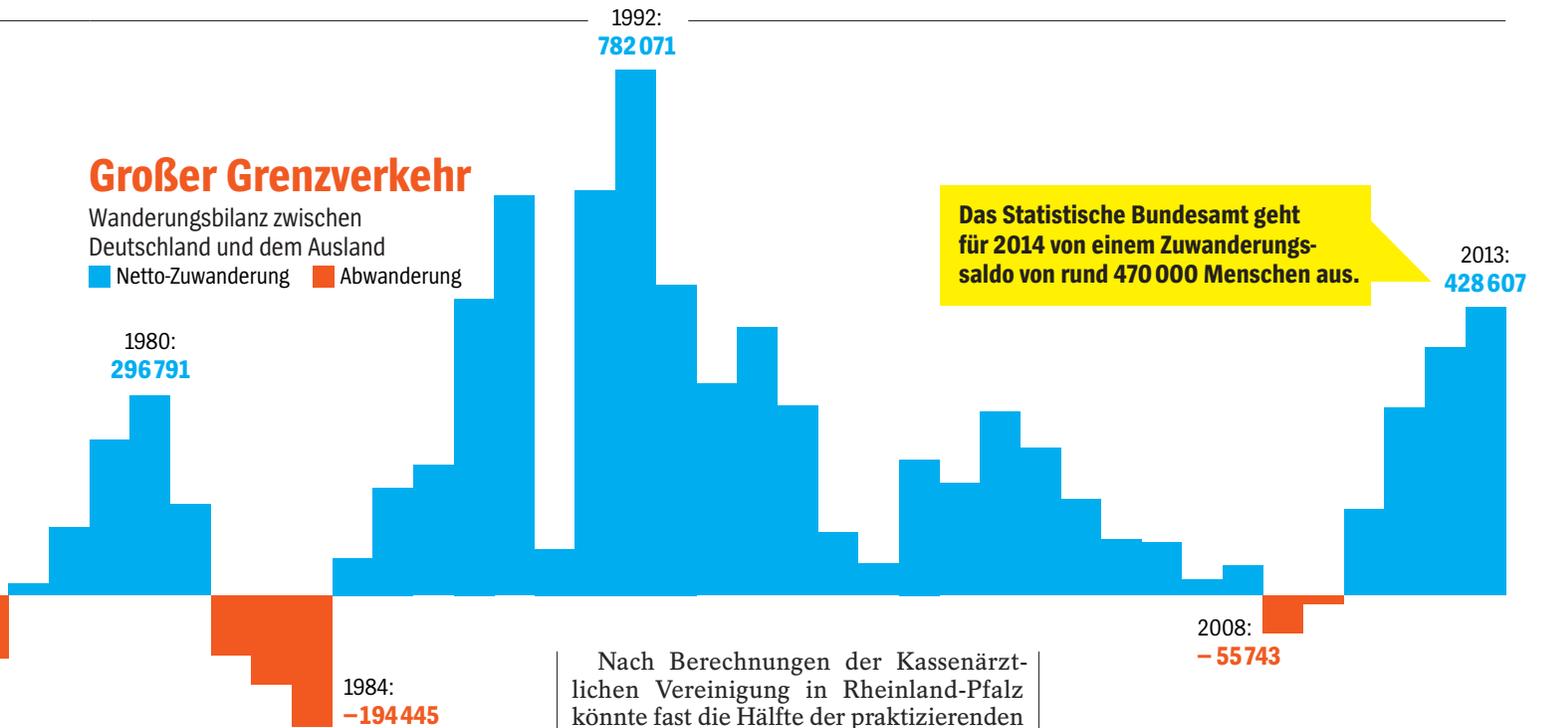
In Marienrachdorf, 30 Kilometer südlich von Forst, hat der Westerwälder Unternehmer Guido Pusch das Wohnhaus des Hofes seiner Großeltern grundsaniert und WG-tauglich erweitert. Zunächst ging es ihm darum, dass seine Mutter dort nicht allein leben musste. Inzwischen sind schon zwei Wohngemeinschaften mit insgesamt 16 Bewohnern in Puschs ehemaligem Bauernhof untergebracht. Die Idee ist, dass die Jüngeren, die noch gut laufen, denken und kochen können, sich um die Älteren, Bettlägerigen und Dementen kümmern. Unterstützt werden sie von einem ambulanten Pflegedienst, dessen Mitarbeiterinnen regelmäßig vorbeischauen, nach dem Rechten sehen und die komplizierten Pflegearbeiten übernehmen.

Die Leiterin des Dienstes, Cornelia Licht, ist von dem Konzept überzeugt: Große Altenheime, wie sie in vielen Städten stehen, lohnten sich nicht in abgelegenen Regionen – und sie wirkten auch absto-

Großer Grenzverkehr

Wanderungsbilanz zwischen Deutschland und dem Ausland

■ Netto-Zuwanderung ■ Abwanderung



send auf viele potenzielle Bewohner. Das WG-Modell dagegen sei kostengünstig und flexibel. „Inzwischen gibt es hier in der Region um Marienrachdorf schon acht Wohngemeinschaften, in denen wir für die Pflege zuständig sind“, sagt Licht: „Und wir haben schon eine lange Warteliste.“

Lang ist die Liste der Probleme, vor denen aussterbende Dörfer stehen. Was ist, zum Beispiel, wenn es im Ort brennen sollte? Wer soll löschen, wenn die Jungen fort sind? Wie kommt ein alter Mensch zum Arzt, zum Einkaufen oder in ein Wohnhaus, wenn es all das im Ort nicht mehr gibt und die Buslinien nach und nach eingestellt werden? Werden überhaupt noch Helfer in der Nähe sein, wenn Unfälle passieren? Wenn eine Krankheit kommt?

Nach Berechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung in Rheinland-Pfalz könnte fast die Hälfte der praktizierenden Hausärzte im Land bis 2020 aus Altersgründen in den Ruhestand gehen. Gerade auf dem Land, wo das steigende Durchschnittsalter der Bewohner eigentlich eine intensivere medizinische Betreuung nötig machen würde, finde sich oft kein Nachfolger mehr. „Das wird ein Riesenproblem“, sagt Bätzing-Lichtenthäler.

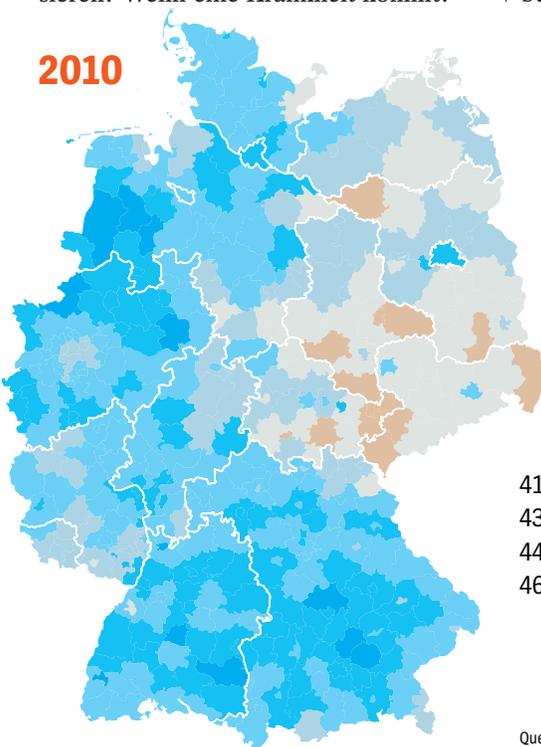
Deshalb tüfteln sie in Rheinland-Pfalz an Telemedizin-Projekten. Zusammen mit der Universitätsklinik in Kaiserslautern und der Deutschen Stiftung für chronisch Kranke wurde beispielsweise in der strukturschwachen Westpfalz ein System aufgebaut, das Patienten mit Herzproblemen per Datentransfer und Telefon aus der Ferne überwachen soll (siehe auch Seite 72).

Knapp hundert Patienten aus der dünn besiedelten Region haben bei einem Pilot-

projekt Geräte nach Hause bekommen, mit denen sie täglich ihren Blutdruck, die Pulsfrequenz und das Gewicht messen. Die Daten werden unmittelbar nach der Messung automatisch an die Klinik in Kaiserslautern gesendet. Dort sitzen geschulte Krankenschwestern und rufen, wenn der Computer auffällige Werte meldet, bei den Patienten an. Im Notfall wird auch gleich ein Notarzt losgeschickt.

„In den ländlichen Regionen werden wir ohne die Telemedizin nicht mehr auskommen“, glaubt der Kaiserslauterer Kardiologe Burghard Schumacher, ärztlicher Leiter des Projekts. Die Patienten loben das Modell: „Ich fühle mich gut aufgehoben, obwohl die Klinik weit weg ist“, sagt Heini Rumpf, 77, aus Aschbach. Im Moment gibt

2010



Verblühende Landschaften

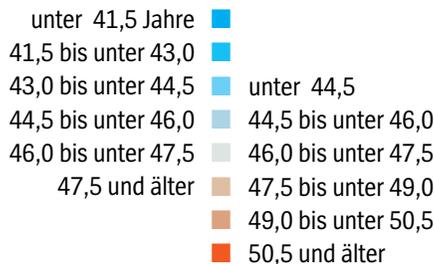
Durchschnittsalter in den deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten

Höchstes Durchschnittsalter

Suhl 55,6 Jahre

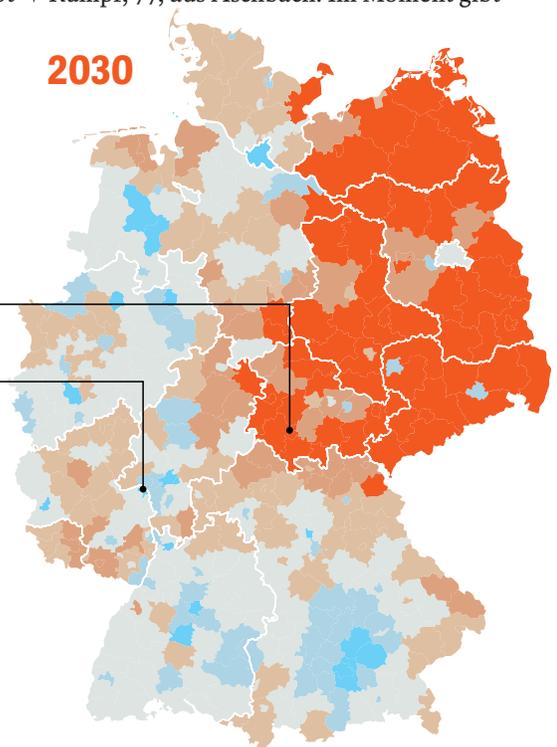
Geringstes Durchschnittsalter

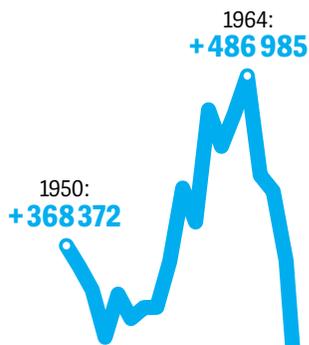
Mainz 43,5 Jahre



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

2030





Sterbebilanz

Differenz zwischen
Geborenen und Gestorbenen

1972 sterben
in Deutschland
erstmals seit 1946
mehr Menschen
als geboren werden.

es in seiner Gegend noch zwei Hausärzte in einem Nachbardorf, etwa sieben Kilometer von Rumpfs Wohnhaus entfernt. Aber bis zum Sommer wollen beide Mediziner aus Altersgründen ihre Praxis schließen. „Dann bin ich erst recht froh, dass jemand täglich auf meine Werte schaut“, sagt Rumpf. Die Krankenschwestern aus Kaiserslautern rufen auch bei unauffälligen Messwerten immer mal an und erkundigen sich, wie es ihm geht.

Es wird viele solcher Ideen geben müssen, wenn die Entwicklung weiterhin so verläuft, wie die Statistiker es prognostizieren. In Rheinland-Pfalz bezuschusst das Land den Kauf von Bürgerbussen, mit denen alte Menschen aus abgelegenen Dörfern von Ehrenamtlichen zum Arzt oder zum Einkaufen in die Stadt gebracht werden. In einigen Gemeinden, etwa der Hunsrück-Gemeinde Stromberg, funktioniert das schon recht gut.

Trotz aller Initiativen ist aber klar, dass viele bisher gültige Standards nicht mehr zu halten sein werden. Zehn Minuten beträgt etwa in vielen Bundesländern die sogenannte Einsatzgrundzeit für Feuerwehren, und auch in entlegenen Gegenden müssen die Helfer 12 bis 15 Minuten nach einem Alarm am Brandort sein.

Das funktioniert gut in den großen Städten, wo Profis im Schichtdienst auf ihre Einsätze warten. Auf dem Dorf aber, wo erst freiwillige Feuerwehrleute per Funkmelder zusammengerufen werden müssen,

gelingt es dagegen oft nicht einmal mehr, binnen zehn Minuten die Einsatzfahrzeuge zu besetzen.

Vor allem tagsüber, wenn die berufstätigen Feuerwehrleute zu ihren Arbeitsplätzen in der Stadt gependelt sind, wird es knapp: Im pfälzischen Altenglan etwa ist die Tagesalarmbereitschaft auf „null bis fünf Personen“ geschrumpft, musste die Feuerwehr des Ortes vor einigen Monaten an das Mainzer Innenministerium melden. In manchen Ortsteilen habe man die Feuerwehreinheiten wegen Personalmangels bereits komplett auflösen müssen.

Gute Ideen gegen den Schwund gibt es nicht nur in Rheinland-Pfalz. In der brandenburgischen Uckermark hat eine Zahnärztin nach dem Vorbild lateinamerikanischer Wanderärzte einen mobilen Behandlungsapparat für ihren Kleintransporter gekauft, um damit über die abgelegenen Dörfer zu touren und in den Wohnzimmern ihrer Kundschaft zu behandeln.

Im hessischen Vogelsbergkreis denken Kommunalpolitiker darüber nach, Teile des teuren Abwassersystems stillzulegen und zur örtlichen Sickergrube zurückzukehren.

Im nordrhein-westfälischen Krefeld pendeln Lehrer aus der Stadt in die Dorfschulen des Umlands, um zumindest für die unteren Klassen noch Unterricht nahe ihrem Zuhause anbieten zu können.

So zieht, nach und nach, ein neuer Alltag in Deutschland ein, und es ist gut, dass sich viele Engagierte aufmachen, den demografischen Wandel zu gestalten und sich mit den neuen Realitäten einzurichten.

Es wird in Zukunft mehr mutige Bürgermeister, schlaue Gemeinderäte, fleißige Ärzte, begeisterte Lehrer, soziale Freiwillige brauchen, um in der Provinz die Folgen von Überalterung und Abwanderung abzufedern. Es wird neue – technologiegestützte – Methoden brauchen, um Versorgungsausfälle zu vermeiden. Es wird um harte Einsichten und Entscheidungen gehen, wenn die Geschichte ganzer Dörfer endet.

In Deutschland, in Stadt und Land, wird es Zeit, die Dringlichkeit der Lage zu begreifen. Der größte Schrecken des Augenblicks nährt sich aus dem Gefühl, dass viele Regierende den Ernst der Lage nicht erfasst zu haben scheinen; dass die demografische Herausforderung als Kernaufgabe der Politik noch nicht verstanden ist.

Wie anders wäre es zu erklären, dass von der aktuellen Bundesregierung Rentenansprüche erweitert werden, die auf Dauer nicht finanzierbar sind? Warum findet keine triftige Debatte über Deutschlands Zukunft statt? Wo wären die Politiker und Wissenschaftler, die mit originellen Ideen Wege weg von der Krise weisen?

Es gibt für die neuen deutschen Realitäten bislang nur dunkle Wörter: Schwund, Rückbau, Schrumpfung; und doch muss daraus kein allgemeiner Niedergang werden. Wenn die Politik des Bundes und der Länder der Gesellschaft einen stabilen Rahmen baut, in dem sie sich anpassen und entfalten kann, muss der Bevölkerungswandel kein Schrecken sein. Die Gesellschaft ist, wo es um das Auf und Ab des Sterbens und Geborenwerdens geht, um das Hin und Her der Ein- und Auswanderung, zu vielem bereit und in der Lage. Von Politik und Staat ist das noch nicht zu sagen.

Matthias Bartsch, Ullrich Fichtner,
Alexander Jung, Guido Mingels,
Ann-Katrin Müller

1972:
-64 032

1975:
-207 339

2013:
-211 756

2060:
-527 000

In der Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamts erreicht der Sterbeüberschuss mit 558 000 in den Jahren 2053/54 den Höhepunkt.

Variante:
Obergrenze der mittleren Bevölkerung

Teil 2 in der kommenden Woche:

Der demografische Wandel gefährdet Deutschlands Wohlstand: Den Unternehmen gehen die Fachkräfte aus, der produktive Kern der Volkswirtschaft schrumpft.